



Der Zugang zu den Bussteigen am Rathaus wurde durch Bordsteinabsenkungen behindertengerecht umgebaut. Foto: Fratz Kölner Stadtanzeiger Erstellt 23.08.2015 Elsdorf.

Im Stadtgebiet geht es mit der Inklusion voran. In kleinen Schritten tragen die Bemühungen der **Selbsthilfegruppe (SHG) Handicap** Früchte. Unter anderem wurden am Busbahnhof die Bordsteine abgesenkt, und der Schulausschuss hat einen Inklusionsbeirat und die Einrichtung eines Inklusionsbeauftragten auf den Weg gebracht. Die Ferienzeit ohne Schulbusverkehr hat die Stadtverwaltung genutzt, um an den vier Haltestellen am Rathaus die Bussteige so abzusenken, dass Rollstuhlfahrer jetzt nicht mehr vor der unüberwindlich hohen Bordsteinkante stehen. Zusätzlich wurden an den beiderseits säumenden Gehwegen an den entsprechenden Stellen die Bürgersteige abgesenkt. In die Schrägen wurden für sehbehinderte Menschen sogenannte taktile Elemente eingebaut, Gehwegplatten mit Noppen und Rippen, die vor der querenden Straße warnen und den Weg weisen. Die 16 Absenkungen haben laut Verwaltung 25.000 Euro gekostet. Eine flächendeckende Absenkung von Gehwegen an Straßenkreuzungen und -einmündungen sei jedoch, wie Hubert Lammertz von der technischen Abteilung im Rathaus ausführte, ein sehr langfristiges und teures Projekt. Lammertz erläuterte, dass bereits Verbesserungen, zum Beispiel in der Laurentiusstraße in Esch, vorgenommen worden seien. Und im Freibad seien Wege geschaffen worden, damit Rollstuhlfahrer die Durchschreite wannen zu den Becken umfahren könnten. Zudem würden Neubauten, wie die Mensa am Schulzentrum und Kitas, behindertengerecht errichtet. Satzung verabschiedet Ebenfalls auf der Wunschliste der in Bergheim ansässigen **Behindertenorganisation SHG Handicap** steht schon seit November die Einrichtung eines Inklusionsbeirats für Elsdorf. Jetzt verabschiedete der Ausschuss für Schule, Soziales und Sport eine von der Verwaltung ausgearbeitete „Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen in Elsdorf“, die die Gründung eines solchen Gremiums ermöglicht. Es soll die Interessen von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Raum gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention wahren, Probleme aufgreifen und gegebenenfalls Abhilfe einfordern. Geleitet wird das Gremium, für dessen erste Zusammenkunft die Verwaltung sich einsetzen soll, von einem noch zu findenden Inklusionsbeauftragten, der mit besonderen Informationsrechten in Politik und Verwaltung ausgestattet werden soll. Der Stadtrat muss der einstimmig vom Ausschuss gebilligten Satzung noch zustimmen.

